Förderung des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern; Zuwendung für Investitionsmaßnahmen der Stadt Schillingsfürst, Landkreis Ansbach

Anlagen: Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunalen Körperschaften (ANBest-K)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regierung von Mittelfranken erlässt folgenden

Zuwendungsbescheid:

Auf Grund der Ermächtigung durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) bewilligen wir der Stadt Schillingsfürst als Projektförderung eine Zuwendung bis zu einem maximalen Betrag von

252.291 €

(i.W.: zweihundertzwanzigtausendzwanzig Euro)


Die Mittel stammen aus dem bayerischen Staatshaushalt und wurden vom Bayerischen Landtag zur Verfügung gestellt.

Die Bewilligung erfolgt ohne Rechtfertigung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1. Förderzweck und Grundlagen

Rechtsgrundlage für die Bewilligung sind die Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzwerken im Freistaat Bayern - Breitbandrichtlinie - BbR - (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vom 10. Juli 2014) sowie die einschlägigen Regelungen der Bayerischen Haushaltsgesetze (BayHO), insbesondere die Art. 23 und 44 BayHO, und des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG), insbesondere die Art. 48, 49 und 49a BayVwVfG.

Wir gewähren Ihnen die Zuwendung zweckgebunden ausschließlich zur Finanzierung von Aufwendungen der Stadt Schillingsfürst an private oder kommunale Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze im Sinn des § 3 Nr. 27 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) (Netzbetreiber) zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke bei diesen Betreibern für Investitionen für die Errichtung und den Betrieb einer Hochgeschwindigkeits-Breitbandinfrastruktur in der Stadt Schillingsfürst Erschließungsgebiet: Stadt Schillingsfürst OT Neuweiler, Fäulenberg, Wohnbach, Schillingsfürst, Stizendorf, Altengreuth, Neugreuth, Schorndorf, Leipoldsberg, Fischhaus und Oelmühle.

Grundlagen dieses Bescheides sind:

- der Antrag der Stadt Schillingsfürst
  - vom 11.04.2016
  - sowie
- das Angebot der Fa.
  - Telekom Deutschland GmbH vom 26.01.2016

Voraussetzung für die Gewährung der Zuwendung ist grundsätzlich die flächendeckende Herstellung der Breitbandversorgung im Erschließungsgebiet gemäß oben aufgeführtem Angebot.


Erhebliche Abweichungen von den der Bewilligung zugrunde liegenden Unterlagen bedürfen vor ihrer Ausführung unserer Zustimmung.

Dieser Zuwendungsbescheid ersetzt nicht sonstige für die Durchführung der Maßnahme erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen.
2. Finanzierungsplan
2.1 Zuwendungsfähige Ausgaben

Wirtschaftlichkeitslücke der Fa. Telekom Deutschland GmbH: 321.614 €

2.2 Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben

Zuwendung aus Landesmitteln des StMFLH: 257.291 €

Infrakredit Breitband der LfA: €

Eigenmittel der Kommune: 64.323 €

Finanzierungsbeiträge Dritter: €

Gesamtfinanierung: 321.614 €

Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich (Nr. 1.2 ANBest-K). Kostenmehrungen können nicht gefördert werden.

3. Bewilligungszeitraum


Nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes können wir den Zuwendungsbescheid insoweit widerrufen, als Sie die Zuwendung noch nicht abgerufen haben.


Die beiliegenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunalen Körperschaften (ANBest-K) sind Bestandteil dieses Bescheides im Sinne von Art. 36 BayVwVfG. Die Stadt Schillingsfürst ist zur Beachtung dieser Bestimmungen verpflichtet, soweit nicht in der Breitbandrichtlinie sowie in den nachfolgenden weiteren Nebenbestimmungen ausdrücklich eine abweichende Regelung getroffen ist.

5. Weitere Nebenbestimmungen

5.1 Geltung der Nr. 5 BbR vom 10. Juli 2014 (Nr. 8.2 BbR vom 10. Juli 2014)


Insbesondere hat der Kooperationsvertrag mit dem Netzbetreiber zumindest die unter Nr. 5.7 BbR vom 10. Juli 2014 aufgeführten Bestimmungen zu enthalten. In diesem Kooperationsvertrag mit dem Netzbetreiber muss sichergestellt werden, dass die mit der Förderung verfolgten Ziele, insbesondere die Bereitstellung von Breitbanddiensten zumindest im Umfang der Fördervorausset-
zung gemäß Nr. 1 Abs. 4 dieses Bescheides, die Vorgaben der Breitbandrichtlinie sowie die in diesem Bescheid festgelegten Auflagen eingehalten werden. Die Stadt Schillingsfürst ist für die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung verantwortlich und gegebenenfalls zur Erstattung der Zuwendung verpflichtet.

5.2 Mittelbereitstellung, Mittelabruf (Nr. 8.4 BbR vom 10. Juli 2014)

Die mit diesem Bescheid bewilligten Mittel werden wir voraussichtlich wie folgt bereitstellen:

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>0 €</td>
<td>0 €</td>
<td>63.073 €</td>
<td>189.218 €</td>
<td>0 €</td>
<td>0 €</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Mittel können jeweils bis spätestens **15. November** nach Maßgabe von Nr. 1.3 ANBest-K abgerufen werden und werden erstmals ausgezahlt, wenn der Fördersteckbrief (siehe Nr. 5.5.1) auf dem zentralen Onlineportal www.schnelles-internet-in-bayern.de veröffentlicht ist. Für den Mittelabruf ist **Muster 3** zu **Art. 44 BayHO** zu verwenden; es steht auf der Homepage der Regierung von Mittelfranken (www.regierung.mittelfranken.bayern.de) im Downloadbereich zur Verfügung.

Wir behalten uns vor, einen Betrag von bis zu 20% der Gesamtzuwendung einzubehalten, solange die abschließende Projektbeschreibung (siehe Nr. 5.5.2) nicht auf dem zentralen Onlineportal www.schnelles-internet-in-bayern.de veröffentlicht ist.

5.3 Verwendungsnachweis

Abweichend von Nr. 6.1 Satz 1 ANBest-K ist der Verwendungsnachweis **innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes** vorzulegen.

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis und einem Sachbericht, der insbesondere eine genaue Darstellung der tatsächlich hergestellten Breitbandversorgung bzw. im Falle eines FTTH- bzw. FTTH-Ausbaus aller Haus- bzw. Grundstücksanschlüsse und deren Kosten beinhaltet.

Bitte verwenden Sie **Muster 4 zu Art. 44 BayHO**, das ebenfalls auf der Homepage der Regierung von Mittelfranken (www.regierung.mittelfranken.bayern.de) im Downloadbereich abrufbar ist.

Im Sachbericht sind die mit Antragstellung benannten projektspezifischen Indikatoren gemäß Nr. 7.4 BbR vom 10. Juli 2014 darzustellen, an Hand derer nach Beendigung der Maßnahme der Erfolg und der Umfang der Zielerreichung beurteilt werden können.

5.4 Zweckbindung (Nr. 7.5 BbR vom 10. Juli 2014), Widerruf des Zuwendungsbescheides


Wird die geförderte Breitbandinfrastruktur innerhalb der Zweckbindungsfrist nicht mehr dem Zuwendungszweck entsprechend verwendet, behalten wir uns einen Widerruf des Zuwendungsbescheides ausdrücklich vor.
5.5 Dokumentation der Infrastruktur (Nr. 9 BbR vom 10. Juli 2014)


5.5.3 Sobald bekannt, sind auch die Vorleistungspreise zu dokumentieren und auf dem zentralen Onlineportal www.schnelles-internet-in-bayern.de zu veröffentlichen.

5.6 Aufbewahrung der Unterlagen

Abweichend von Nr. 6.4 ANBest-K sind die dort genannten Unterlagen für einen Zeitraum von 10 Jahren nach der Vorlage des Verwendungsvertrages aufzubewahren.

Bitte beachten Sie, dass sich die Aufbewahrungsangaben nach Nr. 6.4 ANBest-K auch auf die Veröffentlichungen auf der Internet-Seite des Breitbandzentrums bzw. der Gemeindehomepage im Rahmen des Förderverfahrens beziehen und die Veröffentlichungen in jedem Fall beim Zuwendungsgeber ausreichend dokumentiert sein müssen.

5.7 Mitteilung der Inbetriebnahme

Die Stadt Schillingsfürst wird gebeten, dem örtlich zuständigen Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung den Termin der Inbetriebnahme des Netzes spätestens 2 Monate vor dem dafür geplanten Zeitpunkt mitzuteilen.

6. Hinweis


Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie Klage erheben. Die Klage müssen Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheids bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in Ansbach
Postfachanschrift: Postfach 6 16, 91511 Ansbach
Hausanschrift: Promenade 24, 91522 Ansbach

schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erheben. In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagegelehrens bezeichnen, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen...
und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid in Umschrift oder in Abschrift beifügen. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Sie Abschriften für die übrigen Beteiligten beifügen.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**
- Die Klageerhebung in elektronischer Form (z. B. durch E-Mail) ist unzulässig.
- Kraft Bundesrechts ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Mit freundlichen Grüßen

[Signature]

Kronau-Neef
Ltd. Regierungsdirektorin
Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K)


Inhaltsübersicht:
1. Anforderung und Verwendung der Zuwendung
2. Nachträgliche Änderung der Ausgaben oder der Finanzierung
3. Vergabe von Aufträgen und Ausführung
4. Zur Erfüllung des Zuwendungszwecks beschaffte Gegenstände
5. Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers
6. Nachweis der Verwendung
7. Prüfung der Verwendung
8. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

1. Anforderung und Verwendung der Zuwendung
1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbесcheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
1.3 Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird; bei Baumaßnahmen ist der Baufortschritt zu berücksichtigen. Die Anforderung jedes Teilbetrages erfolgt mit dem Formblatt nach Muster 3 zu Art. 44 BayHO. Im Übrigen dürfen die Zuwendungen wie folgt in Anspruch genommen werden:
1.3.1 bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung 1 jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendunggeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln 2 des Zuwendungsempfängers,
1.3.2 bei Festbetragsfinanzierung 1, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel 2 des Zuwendungsempfängers verbraucht sind. Wird ein zu deckender Fehlbetrag anteilig durch mehrere Zuwendunggeber finanziert, so darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendunggeber angefordert werden.
1.4 Anforderung von Zuwendungen entsprechend dem Baufortschritt
1.4.2 Soweit die Zuwendung für Tiefbaumaßnahmen bestimmt ist, kann sie bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung entsprechend dem Baufortschritt nach einem von der Bewilligungsstelle im Bewilligungsbescheid zu bestimmenden Schlüssel angefordert werden. Eine Schlussrate von 20 v.H. kann erst nach Vorlage des Verwendungsbescheides bzw. der Verwendungsbestätigung angefordert werden, Nr. 1.3 Satz 2 gilt entsprechend.
1.5 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen aus der Zuwendung nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

1 Die in Betracht kommende Finanzierungsart wird im Zuwendungsbесcheid bestimmt.
2 z.B. Anliegerbeiträge
1.6 Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Zuwendungsbescheid mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, wenn sich herausstellt, dass der Zuwendungsweck nicht zu erreichen ist.

2. Nachträgliche Änderung der Ausgaben oder der Finanzierung

2.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Ausgaben, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel (z.B. Investitionszulagen) – ausgenommen Säden – hinzu, so erläßt sich die Zuwendung

2.1.1 bei Anteilfinanzierung \(^2\) anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsempfänger und den vorgeesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers,

2.1.2 bei Fehlbeurtheitfinanzierung \(^3\) um den vollen in Betracht kommenden Betrag; wird derselbe Zuwendungsweck sowohl vom Freistaat Bayern als auch vom Bund und/oder einem anderen Land durch Fehlbeurtheitfinanzierung gefordert, wird Nr. 2.1.1 sinngemäß angewendet.

2.2 Nr. 2.1 gilt (ausgenommen bei wiederkehrender Förderung desselben Zuwendungswecks) nur, wenn sich die zuwendungsfähigen Ausgaben oder die Deckungsmittel insgesamt um mehr als 500 € ändern.

2.3 Erhöht sich bei Maßnahmen, deren Finanzierung sich über mehrere Jahre erstreckt, nach der Bewilligung im Bewilligungstermin die Finanzkraft des Zuwendungsempfängers, so kann die Zuwendung insoweit erläßt werden, als die Finanzkraft bei der Festsetzung der Höhe der Zuwendung berücksichtigt wurde; eine Erhöhung der Finanzkraft, die nur das Jahr nach der Bewilligung betrifft, bleibt unberücksichtigt.

3. Vergabe von Aufträgen und Ausführung

3.1 Bei der Vergabe von Aufträgen zur Erfüllung des Zuwendungswecks sind die Vergabebegrundsätze anzuwenden, die das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen auf Grund des § 91 Abs. 2 Komm-H bekanntgegeben hat. Weitergehende Bestimmungen, die den Zuwendungsempfänger zur Anwendung von Vergabeverfahren verpflichten (z. B. die §§ 96 ff. GVB in Verbindung mit der Vergabeverordnung bzw. der Sektorenverordnung in ihren jeweils geltenden Fassungen und den Abschnitten 2 der VOB/A bzw. VOL/A) bleiben unberücksichtigt.

3.2 Der Zuwendungsempfänger hat die ihm benannte Bauverwaltung rechtzeitig über die erstmalige Ausführung und Vergabe, den Baubeginn und die Beendigung einer Baumaßnahme zu unterrichten.

3.3 Die Ausführung der Baumaßnahme muss den der Bewilligung zugrundeliegenden Bauunterlagen sowie den technischen Vorschriften entsprechen, die für den betreffenden Bereich geltend sind.

3.4 Von den Bauunterlagen darf nur insoweit abgewichen werden, als die Abweichung nicht erheblich ist. Wenn die Abweichung zu einer wesentlichen Änderung des Bau- oder Raumprogramms, einer wesentlichen Erhöhung der Betriebskosten oder einer wesentlichen Überschreitung der Baukosten führt, bedarf sie vor ihrer Ausführung der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde.

4. Zur Erfüllung des Zuwendungswecks beschaffte Gegenstände

Gegenstände, die zur Erfüllung des Zuwendungswecks erworben oder hergestellt werden, sind für den Zuwendungsweck zu verwenden und sorgfältig zu behandeln. Der Zuwendungsempfänger darf über sie vor Ablauf der beiden Jahre, die im Zuwendungsbescheid festgelegt werden, nicht auf irgendwelche Weise verwenden oder herstellen, die der Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen.

5. Mitteilungspflichten des Zuwendungsempfängers

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn

5.1 er nach Vorlage des Finanzierungsplanes – auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises – weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält oder wenn er – ggf. weitere – Mittel von Dritten erhält,

5.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,

5.3 sich herausstellt, dass der Zuwendungsweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,

5.4 die abgerufenen oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten verbraucht werden können,

5.5 Gegenstände nicht mehr entsprechend dem Zuwendungsweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden,

6. Nachweis der Verwendung


\(^2\) Die in Betracht kommende Finanzierungswarte wird im Zuwendungsbescheid bestimmt.

\(^3\) (ANBest-K)

6.1.1 Der Verwendungsanweis bzw. der vorläufige Verwendungsanweis, der in der erforderlichen Anzahl einzureichen ist, besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Soweit im Zuwendungsbescheid oder in besonderen Nebenbestimmungen nichts Anderes bestimmt ist, ist das Formblatt nach Muster 4 zu Art. 44 BayHO zu verwenden.

6.1.2 In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz dazuzustellen. Dem Sachbericht sind die Berichte der von dem Zuwendungsempfänger betätigten technischen Dienststellen beizufügen.

6.1.3 In dem zahlenmäßigen Nachweis sind die Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter, eigene Mittel entsprechend dem Finanzierungsplan) und die Ausgaben (entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans bzw. der Kostenfolgerung) summarisch auszuweisen. Der Nachweis muss alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter und eigene Mittel) und Ausgaben enthalten.

Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes hat, dürfen nur die Entgelte (Preis ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden.

6.2 Sofern im Zuwendungsbescheid eine Verwendungsbestätigung ohne Vorlage von Belegen zugelassen ist, ist dafür das Formblatt nach Muster 4a zu Art. 44 BayHO zu verwenden, soweit im Zuwendungsbescheid oder in besonderen Nebenbestimmungen nichts anderes bestimmt ist.

6.3 Der Zuwendungsempfänger muss für jede Baumaßnahme eine Baurechnung führen. Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Bauobjekten/Bauabschnitten, sind getrennte Baurechnungen zu führen.

Die Baurechnung besteht, sofern im Zuwendungsbescheid nichts Abweichendes bestimmt ist, aus dem Bauausgabebuch (bei Hochbauten gegliedert nach DIN 276, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides); werden die Einnahmen und Ausgaben für das geförderte Bauobjekt von anderen Buchungsvorfällen getrennt nachgewiesen, entsprechen die Bücher unmittelbar oder durch ergänzende Aufzeichnungen den Inhalts- und Gliederungsansprüchen und können sie zur Prüfung dem Verwendungsanweis beigelegt werden, so braucht ein gesondertes Bauausgabebuch nicht geführt zu werden.

6.3.1 den Rechnungsbelegen, bezeichnet nach den Buchungen im Bauausgabebuch,
6.3.2 den Abrechnungsunterlagen zu den Schlussrechnungen, bestehend regelmäßig aus
6.3.3.1 den Verdingungsunterlagen wie
   • Angebotsunterlagen,  
   • Verdingungsverhandlungen,  
   • Bewertung der Angebote,  
   • ferner, soweit gefordert, Gegentiberstellung der Einheitspreise,
6.3.3.2 den Vertragsunterlagen wie
   • Angebot mit Leistungsverzeichnis des Auftragnehmers,  
   • Zuschlagszubrüber,  
   • zusätzliche und besondere Vertragsbedingungen,  
   • zusätzliche technische Vorschriften,  
   • Nachtragsvereinbarungen,
6.3.3.3 den Ausführungsunterlagen (§ 3 VOB/B),
6.3.3.4 den Berechnungsunterlagen für die Kostenansätze wie
   • Aufmaßblätter,  
   • Massenberechnungen,  
   • Abrechnungsziechnungen,  
   • Stundenlohnzettel (§ 15 Nr. 3 VOB/B)  
   • Liefer- und Wiegescbeine,
6.3.3.5 dem Nachweis über den Ist- und Sollverbrauch der Baustoffe, soweit Lieferung und Ausführung getrennt verrechnet werden,
6.3.3.6 der Abnahmenlederschrift und ggf. den Vermerken über die Mängelbeseitigung,
6.3.3.7 soweit gefordert, den Prüfungszeugnissen über die Untersuchung von Baustoffen und/oder Bauteilen,
Stand: 1. Juni 2015

6.3.4 dem Bautagebuch oder der Sammlung der Tageberichte,
6.3.5 den bauaufsichtlichen, wasserrechtlichen und ähnlichen Genehmigungen, soweit sie der Bewilligungs-
behörde nicht bereits vorliegen,
6.3.6 soweit gefordert, den Bestandsplänen,
6.3.7 dem Zuwendungsbescheid und den Schreiben über die Bereitstellung der Mittel,
6.3.8 den geprüften, dem Zuwendungsbescheid zugrundegelegten Bau- und Finanzierungsunterlagen,
6.3.9 der Berechnung des umbauten Raumes nach DIN 277 und ggf. Wohn- und Nutzflächenberechnung
nach DIN 283 nach der tatsächlichen Bauausführung (nur bei Hochbauten).
Die Baurechnung ist nach dem vorstehenden Schema zu ordnen, die Abrechnungsakten (Nr. 6.3.3) ge-
trennt nach den einzelnen Schlussrechnungen.
6.4 Der Zuwendungsempfänger hat die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzahl-
ungen, die Verträge über die Vergabe von Aufträgen, alle sonstigen mit der Förderung zusammenhän-
genden Unterlagen sowie im Fall des Nachweises bzw. der Bestätigung der Verwendung auf elektroni-
schem Wege eine Ausfertigung des Verwendungsnachweises bzw. der Verwendungsbestätigung fünf
Jahre nach ihrer Vorlage aufzubewahren, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine längere Aufbe-
Das Aufnahme- und Wiedergabeverfahren muss den dafür geltenden Regelungen des kommunalen
Haushaltsrechts entsprechen. Insbesondere muss die originalgetreue Wiedergabe der gespeicherten
Daten innerhalb der Aufbewahrungsfristen auch mit den geänderten oder neuen Verfahren oder durch
ein anderes System auch dann gewährleistet sein, wenn automatisierte Verfahren, in denen Bücher und
Belege gespeichert sind, geändert oder abgelöst werden.
6.5 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Zuwendungszwecks Mittel an Dritte (Nichtgebietskör-
perschaften) weiterleiten, sind die von den empfangenden Stellen ihm gegenüber zu erbringenden Ver-
wendungs- und Zwischennachweise bzw. -bestätigungen dem Verwendungs- oder Zwischennachweis
nach Nr. 6.1 bzw. der Verwendungsbestätigung nach Nr. 6.2 beizufügen.
7. Prüfung der Verwendung
7.1 Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern
sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prü-
fen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die not-
wendigen Auskünfte zu erteilen. In den Fällen der Nr. 6.5 sind diese Rechte der Bewilligungsbehörde
auch dem Dritten gegenüber auszubedienen.
7.2 Der Oberste Rechnungshof ist berechtigt, bei den Zuwendungsempfängern zu prüfen (Art. 91 BayHO).
8. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung
8.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrensrecht (Art.
43, 48, 49 BayVwVfG) oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückge-
nommen oder widerrufen worden oder sonst unwirksam geworden ist.
8.2 Nr. 8.1 gilt insbesondere, wenn
8.2.1 die Zuwendung durch urrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
8.2.2 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,
8.2.3 eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z.B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung
der Finanzierung nach Nr. 2).
8.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kommt auch in Betracht, soweit der Zuwendungsempf-
änger
8.3.1 die Zuwendung nicht abgewart nach Auszahlung für fällige Zahlungen verwendet oder
8.3.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen
Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorliegt sowie Mitteilungspflichten (Nr. 5) nicht rechtzeitig nach-
kommt.
8.4 Der Erstattungsanspruch ist mit drei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB für das
Jahr nach Maßgabe des Art. 49a Abs. 3 BayVwVfG zu verzinsen.
8.5 Werden Zuwendungen nicht abgewart nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks ver-
wendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so können für die
Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von drei
Drittel vom Basiszinssatz nach § 247 BGB für das Jahr verlangt werden. Entsprechendes gilt,
soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig ein-
zusetzen sind (Art. 49a Abs. 4 Satz 2 BayVwVfG).

(ANBest-K)